Nr. 120. — Zweites Blatt.

Verantwortlicher Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 11. März 1896.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Das Lehrerbesoldungsgesetz.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses für das Lehrerbesoldungsgesetz hat am Sonnabend die erste Lesung des Gesetz-Entwurfes beendigt. Ihre Berathungen haben bisher zu einem solchen Ergebnisse geführt, daß das Zustandekommen des Gesetzes aller Voraussicht nach wohl als gesichert angesehen werden darf. Unter den Mitgliedern der Kommission wurde nicht nur im Wesentlichen eine Uebereinstimmung über die grundlegenden Bestimmungen des Gesetz-Entwurfs hinsichtlich des Diensteinkommens und der Alterszulagen 2c. erzielt, sondern es wurde ebenso bei dem am meisten umstrittenen § 25, welcher die Staatsleistungen betrifft und für dieselben künftig eine anderweitige bestimmte Grenze ziehen will, von der Mehrheit schließlich anerkannt und zum Ausdruck gebracht, daß die Vorlage auch in diesem Punkte durchaus auf korrektem Boden stehe und hinsichtlich der künftigen Begrenzung der Staatsleistungen im Großen und Ganzen das Richtige getroffen habe. Gegenüber den Forderungen und Beschlüssen des Berliner Städtetages gelangte während der Diskussion die Ueberzeugung mehr und mehr zur Geltung, daß das Vorgehen der Staatsregierung eine ungerechtfertigte Benachtheiligung der großen Städte weder beabsichtigt habe, noch überhaupt in sich schließe, sondern daß die Revision der Gesetze vom 14. Juni 1888 und 31. März 1889 im Sinne der Vorlage unvermeidlich und in der Veränderung der Verhältnisse völlig begründet sei. Schon der Umstand, daß die genannten Gesetze überhaupt nur einen transitorischen Charakter haben sollten, wie sich dies aus ihrer Entstehungsgeschichte unzweideutig ergiebt, — noch mehr aber die Erwägung, daß durch sie dem Staate auf Grund einer vorübergehend günstigen Finanzlage ohne Bestehen einer Verpflichtung dauernde Lasten auferlegt worden sind, welche sich bei der rapiden Entwicklung der größeren Gemeinden jährlich um etwa ½ Million gesteigert haben und bis ins Ungemessene weiter erwachsen würden, während dringlichere Bedürfnisse des Staates deshalb nicht befriedigt werden konnten, mußte die Vornahme einer Revision dieser Gesetze nicht allein vom Standpunkte der Staatsregierung aus als gerechtfertigt und unaufschiebbar erkennen lassen. Dazu kam, daß die Verhältnisse der größeren Gemeinden, wie sie zur Zeit der Bewilligung der Staatsbeiträge bestanden, seit der Geltung der genannten Gesetze wesentlich andere geworden sind. Nachdem in Folge der Durchführung der Steuer-Reform, insbesondere der Ueberweisung der Realsteuern, eine völlige Umgestaltung des Haushaltes der größeren Gemeinden stattgefunden hat, und nachdem namentlich durch das Kommunalabgabengesetz den Gemeinden neue Einnahmen und Steuerquellen eröffnet wurden, die mit erheblichem Erfolge auszunutzen gerade die großen Städte im Stande sind (Gebühren und Beiträge, indirekte Steuern, Besteuerung der Dienstwohnungen und Dienstgrundstücke der Beamten 2c.), konnte die bisherige Art der Zuwendung der Staatsbeiträge, die ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinden erfolgt war, nicht länger als gerechtfertigt anerkannt werden.

Endlich ergab sich, nachdem die Staatsregierung sich entschlossen hatte, den dringendsten Wünschen der Lehrerschaft entgegenzukommen, und nach dem Scheitern der bisherigen Entwürfe eines allgemeinen Volksschulgesetzes wenigstens die Besoldungsverhältnisse der Lehrpersonen an öffentlichen Volksschulen unter Aufwendung weiterer Staatsmittel vorweg neu zu regeln, hieraus von selbst die Nothwendigkeit, gleichzeitig auch die Revision der damit in unmittelbarem Zusammenhange stehenden Gesetze vom 14. Juni 1888 und 31. März 1889 vorzunehmen.

Wenn sich bei dieser Revision theilweise eine Entziehung der den größeren Gemeinden bisher gewährten Vortheile nicht hat vermeiden lassen, so konnte man sich doch der Ueberzeugung nicht verschließen, daß die hieraus erwachsende Mehrbelastung keineswegs so erheblich ist, wie dies bisher vielfach angenommen wurde. Aus dem der Kommission vorliegenden statistischen Material konnte vielmehr festgestellt werden, daß sich der Prozentsatz der gesamten Volksschulunterhaltungskosten in Folge der Neugestaltung der Staatsbeiträge und der Alterszulage-Zuschüsse z. B. in der Stadt Berlin nur um 3,94 Prozent der Einkommensteuer, bezw. 2,39 Prozent der Staats- bezw. staatlich veranlagten Steuern, Breslau 7,38 bezw. 4,24 Prozent, Magdeburg 6,53 bezw. 4,20 Prozent, Hannover 5 bezw. 2,69 Prozent, Frankfurt a. M. 1,78 bezw. 1,21 Prozent, Köln 4,41 bezw. 2,66 Prozent erhöhen würde und daß von 67 größeren Gemeinden im Ganzen nur 22 gezwungen sein würden, zur Deckung des Ausfalls 4 Prozent und mehr der Staats- und staatlich veranlagten Steuern zu erheben. Mußte hiernach die Kommission in ihrer großen Mehrheit anerkennen, daß der Standpunkt der Vorlage im Wesentlichen richtig sei, so wurde andererseits doch geltend gemacht, daß es von den Betroffenen als eine gewisse Härte empfunden werde, wenn ihnen die staatlichen Leistungen, die ihnen bisher auf Grund gesetzlicher Verpflichtung zugestanden, nunmehr wieder entzogen werden sollten, und es wurde der Wunsch laut, Mittel und Wege zu finden, um aus Gründen der Billigkeit leistungsschwachen Gemeinden einen gewissen Ausgleich für den erlittenen Ausfall zu gewähren. Der Finanzminister erklärt sich bereit, falls die Kommission der übereinstimmenden Meinung sei, daß solche Billigkeitsgründe vorliegen, sein Entgegenkommen zuzusagen, sofern es gelingen würde, einen Weg zu finden, auf welchem unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Verhältnisse und unter Festhaltung an der abschließenden Begrenzung der staatlichen Leistungen solchen Gemeinden, die durch die gegenwärtige Vorlage eine erheblichere Steigerung ihrer gesamten steuerlichen Belastung erfahren würden, ein gewisser Ausgleich nach dem Maßstab der Leistungsfähigkeit zugeführt werden könnte. In dieser Richtung bewegten sich mehrere Anträge, die von Vertretern der einzelnen Fraktionen gestellt wurden. Es wurde dabei allseitig anerkannt, wie außerordentlich schwierig es sei, bei der Verschiedenheit der Verhältnisse einen Maßstab zu finden, der eine unzweifelhaft sichere Grundlage für die Leistungsfähigkeit der Gemeinden auf dem Gebiete der Unterhaltung der öffentlichen Volksschule biete und wie wenig sich der finanzielle Effekt der einzelnen Anträge übersehen lasse.

Nach längeren Debatten wurde schließlich ein Antrag des Abgeordneten Winckler (kons.) angenommen, der vorschlug, den § 25 II Abs. 1, wie folgt, zu fassen:

„Der Staatsbeitrag wird bis zur Zahl von 25 Schulstellen in jeder politischen Gemeinde gewährt. Für eine größere Zahl von Schulstellen wird er nur in denjenigen Gemeinden gewährt, in welchen nachgewiesenermaßen im letzten abgelaufenen Rechnungsjahre für die Unterhaltung der öffentlichen Volksschule Steuern in der Höhe von mehr als 50 Prozent und im Ganzen für kommunale Zwecke Steuern in der Höhe von mehr als 125 Prozent des Veranlagungssolls der Einkommen-, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer haben erhoben werden müssen; die Zahl der Schulstellen ist in diesen Gemeinden nach dem Prozentsatze, um welchen die Unterhaltungskosten der öffentlichen Volksschule das Maß von 50 Prozent der bezeichneten Steuern überschritten haben, in der Weise zu berechnen, daß die Summe des Staatsbeitrages die Hälfte des Mehrbetrages nicht übersteigen darf.“

Der Antragsteller erklärte hierbei selbst, daß auch diese Formulirung nach seiner eignen Ueberzeugung nicht frei von Bedenken sei, daß er aber hoffe, bis zur zweiten Lesung den Antrag noch weiter zu verbessern oder durch einen andern zu ersetzen. Die Kommission hat sich der Hoffnung angeschlossen, daß es gelingen möge, in der zweiten Lesung eine Formulirung zu finden, die nach jeder Richtung hin befriedigt. Geschieht dies, so scheint nach der Erklärung des Finanzministers alle Aussicht dazu vorhanden zu sein, daß sich auch die königliche Staatsregierung mit dieser Erweiterung des Gesetzentwurfes, wenn sie sich in angemessenen Grenzen bewegt, einverstanden erklärt.

Die Krisis in Italien.

Das neue italienische Ministerium kann nunmehr als endgültig konstatirt gelten. Obgleich General Ricotti mit der Neubildung des Ministeriums betraut war, übernimmt doch Rudini das Konseilpräsidium. Die Zusammensetzung des Kabinets unterscheidet sich nicht von der bereits im gestrigen Abendblatt gekennzeichneten. Der neue Minister des Auswärtigen, Herzog Gaëtani Sermoneta, ein Sohn des Herzogs Michel Angelo Sermoneta, der im Jahre 1870 dem Könige Viktor Emanuel die Adresse der Stadt Rom überbrachte, ist bisher insbesondere als Bürgermeister der Hauptstadt hervorgetreten. Im Jahre 1892 legte er dieses Amt nieder, nachdem er eine rationelle Verwaltung der hauptstädtischen Finanzen eingeführt hatte. In der Deputirtenkammer gehörte der Herzog von Sermoneta der Rechten an, die auch bei der letzten Wahl des Kammerpräsidenten seine Kandidatur derjenigen Villas gegenüberstellte, der als Sieger aus dieser Wahl hervorging, während auf den unterliegenden Kandidaten 156 Stimmen fielen. Als Kaiser Wilhelm II. im April 1893 in Rom verweilte, veranstaltete der Herzog zu seinen Ehren ein glanzvolles Fest.

Ueber die Ansichten des neuen Ministeriums ist es schwierig, sich zunächst ein Urtheil zu bilden. Da die Deputirtenkammer eine Mehrheit der Linken aufweist, wird das überwiegend aus Mitgliedern der Rechten bestehende Kabinet Rudini-Ricotti in allen prinzipiellen Parteifragen vorsichtige Zurückhaltung beobachten müssen. Die Regierung bekennt sich zu einem Regime der Ersparnisse, wie denn auch der Finanzminister Branca ein Gegner neuer Steuern ist, und der neue Schatzmeister Colombo denselben Anschauungen huldigt.

Die neuen Minister leisteten dem Könige den Eid, der eingehend mit ihnen sich unterhielt und namentlich den Herzog von Sermoneta auszeichnete. Dieser ist der Minister, dessen Person ungetheilter Sympathie begegnet, weil man fortan die auswärtigen Beziehungen in den taktvollsten Händen und die nationale Würde ohne Anstoß voll gesichert weiß. Nur „Riforma“ verwirft en bloc das ganze Kabinet, weil es lediglich ein Ausfluß parlamentarischer Minderheit sei und weder verfassungsmäßigen Normen noch Gewohnheiten entspreche. Rudini habe in Erörterung über Afrika nur 148 Stimmen für sich gehabt; auch seine Investitur durch Ricotti sei anstößig. Er habe nicht einmal den Auftrag zur Wahl der übrigen Minister regelrecht erhalten. Das Blatt stellt dem neuen Kabinet ein ungünstiges Horoskop, besonders weil Rudini keinerlei Programm habe und bezüglich Afrikas keine Einigkeit herrsche.

An Wiener unterrichteten Stellen ist bis zur Stunde noch keinerlei Bestätigung des aus Mentone gemeldeten Gerüchtes zugekommen, wonach die Monarchen des Dreibundes am 16. März in Genua zusammentreffen würden.

Was die Lage in Abessinien betrifft, so erhielt die Brüsseler „Indépendance belge“ Einsicht in ein Schreiben Meneliks, worin der Negus sich bereit erklärt, seinen Streitfall mit Italien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ aus Asmara hat sich das Lager des Negus Menelik am 8. März in Farasmai befunden. Von Major Salsa ist noch keine Nachricht eingegangen. Es scheint, daß die gefangen genommenen Italiener nach Sokota gebracht werden, mit Ausnahme der Offiziere, welche im Lager des Negus gesehen worden sind. Nach Schätzung der Kundschafter betragen die Verluste der Schoaner in der Schlacht von Adua am 1. d. M. 4000 Todte und 6000 Verwundete. Die Verbindung mit Kassala ist wieder hergestellt; Nachrichten von Belang sind nicht eingegangen. Heute ist in Asmara ein Trupp von 1400 Ueberlebenden aus der Schlacht von Adua eingetroffen, welche sich in Adicaje gesammelt hatten.

Deutschland.

Berlin, 11. März. Das Diner beim österreichisch-ungarischen Botschafter von Szögyenyi fand gestern Abend im Tannensaale des Botschaftspalais statt und nahm einen glänzenden Verlauf. Foyer und Treppenhaus waren in einen Wintergarten verwandelt worden. Die drei großen, vom Plafond des Tannensaales herniederhängenden kostbaren venetianischen Glaskronleuchter, wie auch die sechs, die Tafel schmückenden silbernen Kandelaber verbreiteten eine glänzende Beleuchtung des prächtigen Saales. Vor dem Platze des Kaisers und der Kaiserin, die an der Tafel einander gegenüber saßen, erhob sich der schöne große silberne Tafelaufsatz des Botschafterpaares, eine Fülle herrlich duftender Blumen enthaltend. Die Menukarte auf dem Platze der Kaiserin war von der jüngsten Tochter des Hauses, Fräulein Lily v. Szögyenyi, gemalt; die Menukarte des Kaisers war vom Maler Falat angefertigt. Gegen 7¼ Uhr traf das Kaiserpaar in der Botschaft ein, im Foyer derselben von dem Botschafterpaar begrüßt und dann nach dem Tannensaal geleitet. Der Kaiser war in österreichischer Generalsuniform erschienen; die Kaiserin trug eine hochrothe Seidenrobe und reichen Brillantschmuck. Dem Kaiser zur Linken nahm an der Tafel Frau v. Szögyenyi, demselben zur Rechten die Frau Prinzessin Friedrich Karl von Hessen Platz. Der Kaiserin zur Linken nahm der Botschafter v. Szögyenyi Platz, zur Rechten derselben der Prinz Friedrich Karl von Hessen. Es folgte dann Graf Goluchowski. Die Tafelmusik wurde von der ungarischen Kapelle ausgeführt. Nach dem Diner wurde der Kaffee in den vorderen Salons eingenommen.

— Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe stattete dem Grafen Goluchowski am Dienstag Nachmittag im Hotel Bristol einen Gegenbesuch ab, traf ihn aber nicht zu Hause. Zu gleichem Zwecke erschien der Staatssekretär Freiherr Marschall von Bieberstein im Hotel Bristol. Abends 6¼ Uhr begab sich Graf Goluchowski ins königliche Schloß zum Empfange durch den Kaiser und die Kaiserin. Der Graf hatte die kleine Diplomatenuniform angelegt, dazu die Abzeichen des Ordens der Eisernen Krone, neben welcher er den preußischen Rothen Adlerorden 4. Klasse trug, den er zu der Zeit erhalten hatte, als er bei der hiesigen österreichisch-ungarischen Botschaft Attachee war. Dem Vernehmen nach hat der Kaiser dem Grafen Goluchowski bei der ihm ertheilten Audienz den Rothen Adlerorden 1. Klasse verliehen.

— Die „Hamburger Nachrichten“ bringen folgenden, anscheinend aus Friedrichsruh stammenden Artikel:

„Das Interesse Deutschlands an der Verhütung einer Abdrängung Italiens vom Dreibund ist handgreiflich: wenn Italien nicht mehr Dreibundsmacht wäre, so würde Oesterreich-Ungarn im Falle eines Allianzkrieges einen großen Theil seiner Truppenmacht an der italienischen Grenze festlegen müssen, wodurch seine militärische Kraft als Bundesgenosse natürlich erheblich vermindert würde. Enthält der Rücktritt Crispis unter den obwaltenden Umständen eine Schädigung der Dreibundinteressen, so wird es die deutsche wie die österreichisch-ungarische Politik als ihre Aufgabe betrachten, mit allen Mitteln auf Italien dahin einzuwirken, daß die Gefahren, die sich daraus ergeben könnten, rechtzeitig vermieden werden. Wir glauben, daß diese Gefahren nicht sowohl in einer bündnißwidrigen Abkehr der italienischen Politik nach der französischen Seite hin bestehen, als vielmehr in der Nachgiebigkeit gegen Rathschläge, die von England aus ertheilt werden könnten. Wir haben schon früher nachgewiesen, daß die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde in gewissem Sinne von England aus gefördert oder hintertrieben werden kann. Italien steht im starken Bedürfniß nach maritimem Schutz seiner langgestreckten Küsten durch die englische Flotte, ohne den sein Territorium im Falle eines Krieges gegen Frankreich nicht genügend gedeckt sein würde, um eine entsprechende Verwendung der italienischen Truppen außerhalb Italiens für Dreibundszwecke zu gestatten. Aber einmal hat der Dreibund durch seine Annäherung an Rußland die Wahrscheinlichkeit eines Krieges, der Frankreich für eine Invasion in Italien Gelegenheit böte, erheblich vermindert und zweitens ist die frühere Mittheilung noch nicht ernstlich widerlegt, daß Italien neben seiner Dreibundsverpflichtung ein diese nicht berührendes Separatabkommen mit Rußland getroffen habe, wodurch Rußland gegen gewisse Konzessionen seitens Italiens Verpflichtungen für den Fall übernommen habe, daß eine russische Mediation in Paris erforderlich werden sollte. Bei dieser Lage der Dinge wird es kaum außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegen, etwaige englische Einwirkungen auf Italien durch die übrigen Dreibundsmächte zu paralysiren, selbst wenn in Abessinen russische und italienische Interessen bis zu einem gewissen Grade konkurriren.“

— Die vom Bundesrathe auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien geben den Blättern, welche in diesen Vorschriften durchaus den Beginn einer neuen Aera auf sozialpolitischem Gebiete erblicken wollen, den Anlaß zu der vielfach wiederholten Behauptung, mit denselben sei zum ersten Male die Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter geregelt worden. Es ist angebracht, dem gegenüber von Neuem auf die bereits im Jahre 1886 erlassenen Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Bleifarben- und Bleizuckerfabriken hinzuweisen und die Stelle wörtlich anzuziehen, die von der Arbeitszeit der in dem Betriebe beschäftigten Arbeiter handelt. Der § 9 dieser Vorschriften lautet wörtlich: „Arbeiter, welche bei ihrer Beschäftigung mit bleiischen Stoffen oder Produkten in Berührung kommen, dürfen innerhalb eines Zeitraumes von 24 Stunden nicht länger als 12 Stunden beschäftigt werden.“ Die beiden hier in Vergleich gestellten Vorschriften haben auch insofern einen gemeinsamen Berührungspunkt, als sie beide auf Grund des § 120 der Gewerbeordnung erlassen sind. Im Jahre 1886 war der § 120, welcher sich mit den Verpflichtungen der Arbeitgeber zum Schutze von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter befaßt, noch nicht so ausgestaltet und hatte noch nicht so in's Einzelne eingehende Bestimmungen erhalten, wie sie durch die Novelle vom 1. Juni 1891 geschaffen wurden, jedoch, wie man ersieht, konnte auch damals schon auf Grund der allgemein gefaßten Vorschrift die Arbeitszeit in bestimmten Betrieben durch den Bundesrath beschränkt werden. Wenn dies neuerdings auch für die in Bäckereien beschäftigten Arbeiter und zwar im Interesse von deren Gesundheit geschehen ist, so ist damit nichts prinzipiell Neues geschaffen, sondern nur ein früher schon gegebenes Beispiel erneuert worden.

— Der „Reichsanz.“ schreibt: Ein von dem Rittmeister a. D. Arndt von Plötz unterzeichneter Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ — Ausgabe vom 22. Februar 1896 — führt u. A. Folgendes aus:

„Ich weiß wohl, daß der Herr Ober-Landstallmeister behauptet, daß das System, nachdem er jetzt die Pferdezucht leitet, die Wehrkraft des Vaterlandes fördert. Demgegenüber behaupte ich, daß durch dasselbe nicht blos die Landwirthschaft schwer geschädigt, sondern auch die Zucht des Augmentationspferdes, das wir im Fall einer Mobilmachung gebrauchen, von Jahr zu Jahr abnimmt, sodaß dadurch die Wehrkraft des Vaterlandes aufs bedenklichste in Frage gestellt wird.“

Auf Grund der Ergebnisse der Vormusterungen, welche zur Ermittelung des Bestandes an kriegsbrauchbaren Pferden von Zeit zu Zeit stattfinden, sind wir in die Lage versetzt zu erklären, daß die Zahl der kriegsbrauchbaren Pferde stetig wächst.

— Das „Volk“ erinnert daran, daß es schon Anfangs Oktober berichtet habe, der Hof verlange die Trennung der konservativen Partei von Herrn Stöcker, und ersucht den Elfer-Ausschuß, auf folgende Fragen eine bündige Antwort zu geben:

1. Hat der Hof von den konservativen Führern die Trennung von Stöcker verlangt oder nicht? 2. Haben einzelne konservative Führer über diese Frage mit hochgestellten maßgebenden Persönlichkeiten konferirt oder nicht? 3. Ist von höchster Stelle einem Kammerherrn und Abgeordneten die Genugthuung über die gefallene Entscheidung ausgedrückt worden oder nicht?

— Demnächst werden in Berlin die Berathungen über die vielerseits dringend gewünschte Aenderung der Seemannsordnung ihren Anfang nehmen. Da die oft erörterten mißlichen Verhältnisse der Heizer und Kohlenzieher auf den größeren Dampfern dabei eine wichtige Rolle spielen werden, so hatte sich, wie man der „Magdeb. Ztg.“ schreibt, der Verein der Heizer und Kohlenzieher in Bremerhafen an das Ministerium des Innern mit der Bitte gewandt, zu den Berathungen einen oder mehrere Vertreter des Vereins zuzulassen. Das Ministerium hat darauf geantwortet, daß dem nichts im Wege stehe, daß einem Vereinsmitgliede auf Reichskosten die Theilnahme an den Berathungen gestattet sei, nur müsse der Mann mindestens dreijährige Fahrzeit hinter sich haben. Der Verein wählte zum Vertreter einen Mann von der Besatzung des Schnelldampfers „Havel“.

München, 10. März. Der zweite Ausschuß der Kammer der Reichsräthe ertheilte dem Beschluß der Kammer der Abgeordneten betreffend thunlichst baldige Konvertirung der 4prozentigen baierischen Staatsschuld in eine 3½prozentige seine Zustimmung. Von allen Seiten wurde aber dabei betont, daß diese Zustimmung nur deshalb erfolge, weil ein bestimmter Termin für die Konvertirung nicht vorgesehen sei. Auch der Finanzminister erklärte, er könne nur aus diesem Grunde sich für den Beschluß der Kammer der Abgeordneten aussprechen. Eine sofort in Angriff zu nehmende Konvertirung erscheine ihm deshalb nicht rathsam, weil die gegenwärtige allgemeine politische Lage zur größten Vorsicht mahne. Im Uebrigen sei die Konvertirung nur in Uebereinstimmung mit den übrigen deutschen Bundesstaaten, wie geplant, durchführbar.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. März. Kardinal Kopp trifft morgen zu der hier stattfindenden Bischofskonferenz ein.

Belgien.

Brüssel, 10. März. Die Unruhen in Mecheln dauern fort. Die Volksmenge erstürmte und zerstörte mehrere katholische Vereinslokale und verwundete die Insassen durch Steinwürfe. Die Zahl der Verwundeten wird auf 60, die Zahl der Verhafteten auf 200 geschätzt.

Frankreich.

Paris, 9. März. Die Rückkehr des Präsidenten der Republik wird von dem „Figaro“ als die eines „Gefangenen“ besprochen, der sich in sein Loos ergeben hat, keinen eigenen Willen mehr zu haben. Das war schon vor der Reise nach Südfrankreich so, sagt der Verfasser des Leitartikels, ein „Enttäuschter“, aber die Reise hat diesen traurigen Zustand ans Licht gezogen, weil Herr Bourgeois dies so wollte, weil er sich vorgenommen hatte, mit seinem Triumphe vor der ganzen Welt zu prahlen.

„Während der ersten Wochen des Ministeriums Bourgeois gab Herr Felix Faure manchmal zu verstehen, es wäre doch schicklich, wenn man ihn zuweilen noch um Rath fragte; jetzt ist ihm solche Kühnheit schon vergangen. Von Zeit zu Zeit wiederholen ihm aufrichtige Freunde oder solche, die sein Verhalten fast als Verrath beurtheilen und dadurch verbittert sind, gewisse allzu freie Aeußerungen seines Premierministers. Dieser will ihn zu Allem zwingen können, und wenn man von der Möglichkeit eines Widerstandes spricht, so dreht er sich auf dem Absatze und sagt: „Das wird er nicht wagen.“ Wenn man in ihn dringt, so fügt er in brutaler Rede, deren rabelaisischen Beigeschmack wir abschwächen müssen, hinzu: „Seid unbesorgt, er weiß, was seiner harrt, und daß ich im Stande bin, ihn im Kothe zu ertränken. Falle ich, so muß er einen Premierminister von meiner Hand annehmen.“ Herr Ricard genirt sich ebensowenig, und Herr Cavaignac, der sich weniger gehen läßt, ist ebenso drohend. Herr Felix Faure hört verlegen zu und antwortet nichts. Auch gegen eine Politik und Handlungen, die er früher verdammt hat, wagt er kein Wort vorzubringen . . . Wenige Wochen haben Herrn Bourgeois genügt, um seine Herrschaft über einen niedergeschlagenen und unterwürfigen Präsidenten zu befestigen, der sich, man weiß nicht unter welchem geheimnißvollen Drucke, welcher Drohung oder, wie man in den Wandelgängen der Kammer geläufig sagt, welcher politischen Erpressung, darein ergiebt, zu Gunsten verdächtiger und hassenswerther Leute abzudanken.“

Der Royalist J. Cornely spottet im „Matin“, Herr Faure, der auf seiner Reise so mancherlei gesehen und erlebt hat, und der es sich in Südfrankreich hat gefallen lassen müssen, daß sein Majordomus in seiner Gegenwart angejubelt wurde, kehre nun zurück gleichsam als ein Angehöriger des Hofstaats des Herrn Bourgeois. Der Anhänger des Herzogs von Orleans sieht schon das Ende nahen, das Ende der Republik und der Präsidentschaft, der er prophezeit, es werde tragisch sein. Auch Rochefort freut sich schon auf das Ende der jetzigen Republik, welches nach seiner Deutung von der südfranzösischen Bevölkerung gebieterisch angeordnet worden ist. Sie hat geschrien: „Nieder mit dem Senat!“ das ist: „Es lebe die Verfassungsrevision!“ und sie würde Recht behalten. Der Freund Boulangers erinnert sich der Verurtheilung, welche der Senat als Staatsgerichtshof vor sieben Jahren über ihn verhängt hat, weil er die Abtragung des morschen Baues verlangte. Wenn man jetzt alle die verurtheilen wollte, welche das Gleiche verlangen, so wäre das Marsfeld nicht weit genug, um alle Angeklagten zu umfassen. Die Monis und die Demôle, deutet Rochefort, mögen sich jetzt nur in Acht nehmen: ihr letztes Stündlein hat geschlagen.

Paris, 10. März. Die royalistischen Blätter richten heftige Angriffe gegen den Prinzen Heinrich von Orleans, weil er den Orden der Ehrenlegion angenommen hat. Der Herzog von Orleans sandte ihm einen Tadelsbrief.

Spanien und Portugal.

Während keiner einzigen Phase des kubanischen Aufstandes haben sich die Gemüther in Spanien in solcher Erregung befunden, wie gegenwärtig unter dem Eindrucke der von der amerikanischen Legislative gefaßten Beschlüsse, welche auf die Anerkennung der Insurgenten als kriegführende Macht abzielen. Es war für die spanischen Behörden keine leichte Aufgabe, den Kundgebungen des Unwillens wegen dieses Vorgehens Schranken zu ziehen und bedenkliche Ausschreitungen zu verhüten. Die Regierung thut, was in ihren Kräften liegt, um eine allgemeine Beschwichtigung zu bewirken, und sie wird hierin von den leitenden Organen der spanischen Presse unterstützt. Diese Haltung des Kabinets entspringt dem Wunsche, einer Verschärfung der zwischen Spanien und der Union aufgetauchten Differenz durch Ausbrüche nationaler Exaltation auf spanischer Seite vorzubeugen, sowie der Absicht, von jeder ausgeprägteren Stellungnahme die endgültige Entscheidung in Washington abzuwarten, die der Präsident der Union, Herr Cleveland, nach den Beschlüssen des Senates und des Repräsentantenhauses treffen wird. Wie versichert wird, berechtigen die Mittheilungen des spanischen Gesandten in Washington, Dupuy de Lôme, zu der Erwartung, daß Herr Cleveland, der überhaupt Spanien gegenüber im Hinblick auf den kubanischen Aufstand vom Anbeginn eine sehr korrekte Haltung beobachtet hat, der Anerkennung der kubanischen Insurgenten als kriegführende Macht seine Gutheißung verweigern würde.

Salamanca, 10. März. Die Studenten veranstalteten gestern Kundgebungen gegen die Vereinigten Staaten und verbrannten eine amerikanische Flagge. Die Gendarmen, welche bei ihrem Dazwischentreten mit Steinwürfen empfangen wurden, schossen zweimal. Die Universität ist geschlossen.

England.

London, 10. März. In der Verhandlung gegen Jameson führte im Verlaufe seiner Rede der Attorney General Webster aus, er werde nachweisen, daß Jamesons Zug seit Ende November in thätiger Vorbereitung war. Die Sammelpunkte bildeten Mafeking und Pitsani; dort vertauschten die Theilnehmer am Zug ihre Martinigewehre mit Zeemetfordgewehren. Woher die neuen Waffen kamen, wisse man nicht. Als Zweck der Rüstungen wurde ein Zug gegen einen Eingeborenenhäuptling im Norden von Betschuanaland bezeichnet. Am 29. Dezember erfolgte von Makeking und Pitsani der gleichzeitige Aufbruch der Mannschaften mit Artillerie. In einer Ansprache an die Mannschaften habe Major Coventry gesagt, sie zögen aus, nicht um gegen Eingeborene zu kämpfen, sondern um nach Johannesburg zu marschiren. Oberst Grey antwortete auf die Frage, ob der Marsch auf Befehl der Königin erfolge: Es gelte einen Kampf, um das Uebergewicht der britischen Flagge in Südafrika zu sichern. In Pitsani habe Jameson eine Ansprache gehalten, worin er sagte, er hätte aus Johannesburg ein Schreiben erhalten, daß Frauen, Kinder und englisches Eigenthum in Gefahr schwebten; er marschire, um den Johannesburgern bei einem möglichen Kampf möglichst Beistand zu leisten. Oberst White sagte: Sollte es zum Kampfe kommen, so würden etliche Tausend Johannesburger wahrscheinlich hülfreiche Hand leisten. Nöthigenfalls würden sich Jameson die berittenen Kapschützen und die berittene Polizei von Natal anschließen. Der Generalanwalt schilderte sodann den Verlauf der Expedition, ohne neue Thatsachen anzuführen. Beiläufig bemerkte er, alle Angeklagten, namentlich Jameson, hätten sich durch ungewöhnliche Tapferkeit ausgezeichnet; was man auch über die Expedition denke, über den Muth der Angeklagten könne kein Zweifel walten. Nicht die Buren, sondern Jamesons Leute hätten angegriffen. Webster schloß: Jamesons Mannschaften waren der Uebermacht unterlegen, sie kapitulirten ehrenvoll; allein sie hätten sich eines sehr ernsten Vergehens schuldig gemacht, indem sie sich an einer Expedition gegen einen befreundeten Staat betheiligten. Als erster Zeuge wurde ein Sergeant der Betschuanaland-Grenzpolizei, Hay, vernommen, der die Angaben des Generalanwalts über die Ausrüstung und Vorbereitung der Expedition vollauf bestätigte und dessen Aussagen durch ein erschöpfendes Kreuzverhör nicht im mindesten erschüttert wurden. Hay hatte die Betheiligung am Zuge abgelehnt. Der dann vernommene Polizeikorporal aus dem Betschuanaland, Smith, bekundete, der von Jameson verlesene Johannesburger Brief besagte, Jameson solle ihnen helfen, eine bessere Regierungsform zu erlangen. Jameson hatte gesagt, er glaube, es würde keine Veranlassung zum Blutvergießen sein; es würde vielleicht kein Schuß abgefeuert werden. Die Verhandlung wurde sodann um eine Woche vertagt. Jedwede Kundgebung zu Gunsten des Angeklagten unterblieb. Jameson sowie die übrigen Angeklagten wurden auf freiem Fuß belassen.

London, 10. März. Unterhaus. Staatssekretär Chamberlain erklärte, er habe noch keine Antwort auf seine Depesche an den Präsidenten Krüger vom 4. Februar erhalten. — Ashmead Bartlett fragte an, ob das Gerücht von der beabsichtigten Verhaftung Cecil Rhodes durch die Behörden der Kapkolonien oder andere

Behörden sich bestätige. Chamberlain erwiderte, die Nachricht hinsichtlich einer Aktion der Behörden der Kapkolonie sei unrichtig, er habe keine Mittheilung über eine solche Aktion seitens anderer Behörden.

Bulgarien.

Sofia, 10. März. Wie die „Agence Balcanique" meldet, ist Prinz Boris nach Nizza abgereist. Der Handelsminister Natschewitsch hat sich in privaten Angelegenheiten nach Italien begeben.

Vom Hochwasser.

Die Nachrichten hinsichtlich der Ueberschwemmungen lauteten aus Bern gestern günstiger; in Folge des Nordwindes hat der Regen aufgehört. — In Raron (Kanton Wallis) war ein Bauernhof mit sieben Personen weggeschwemmt worden. Die Leichen wurden gestern aufgefunden.

Dem „Badischen Landesboten" zufolge haben die Montag aus Kehl eingetroffenen Pioniere unter gefahrvoller Arbeit das Gerölle bei der eingestürzten Schwabenthorbrücke in Freiburg i. Br. gehoben und trotz des steigenden Wassers beseitigt. Die Leichen des Landeskommissars Geheimen Ober-Regierungsrathes Siegel und des Stadtdirektors Geheimen Rathes Sonntag sind jedoch nicht gefunden worden. Der Minister des Innern Eisenlohr ist heute Vormittag nach Hochstetten abgereist und Mittags nach Kirchgarten, um die Ueberschwemmungsgebiete zu besichtigen. — Das Gerücht, es seien in Pforzheim bei dem Einsturz einer Brücke, welche ein Soldatenzug passirte, 8 Soldaten ertrunken, ist unbegründet. — Aus Koblenz wird vom gestrigen Tage berichtet: Der Rhein und die Mosel steigen weiter, der Rhein ist überfluthet, in der unteren Stadt sind die Keller geräumt worden. Die Arbeiten am Kaiserdenkmal auf dem Deutschen Eck mußten eingestellt werden.

In Köln stieg gestern der Rhein weiter; Mittags stand er 5,26 Meter und stieg stündlich um 6 Zentimeter. Der Blitzzug von Basel nach Köln hatte drei Stunden Verspätung, weil eine Strecke unfahrbar geworden war. Die Reisenden mußten bei Rappoltsweiler mit Fuhrwerken befördert werden; in Straßburg wurden neue Züge gebildet. — Von der Mosel wird gemeldet, daß sie stark im Steigen begriffen ist. Die Schifffahrt ist eingestellt. Stand der Mosel bei Trier 4,70 Meter.

Ein Telegramm aus Linz an der Donau berichtet: In Folge andauernden Regens wird aus vielen Orten Ober-Oesterreichs Hochwasser gemeldet. Die Donau ist bei Linz aus den Ufern getreten.

Einer Depesche aus Passau zurfolge ist in Folge des Hochwassers in der Nacht zum Dienstag bei Pocking ein Personenzug entgleist. Von den Passagieren ist Niemand verletzt; von dem Personal des Zuges erlitten drei Personen leichte Verletzungen. Der Verkehr Passau-Pocking ist einstweilen unterbrochen.

Die Saale bei Weißenfels steigt anhaltend. Von der oberen Saale, Unstrut und Helme wird weiteres Steigen gemeldet.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. März. Auf Veranlassung der Stettiner Groß-Konfektionäre fand in Berlin am Sonntag eine Versammlung der dortigen Groß-Konfektionäre statt, zu welcher die Stettiner Herren-Konfektionäre ebenfalls erschienen waren. Es handelte sich, wie der „Konfektionär" mittheilt, um Aufschluß über angebliche Unterstützung, welche die streikenden Stettiner Arbeiter dadurch erhalten haben sollen, daß Berliner Groß-Konfektionäre Arbeit nach Stettin zur Fertigstellung geschickt und dadurch die Streikenden indirekt unterstützt hätten. Durch genaue Recherchen, welche hierüber angestellt worden sind, hat sich dieser Verdacht jedoch als grundlos erwiesen. Die feste Stellungnahme der Stettiner Fabrikanten gegenüber den streikenden Arbeitern wurde in jeder Weise gebilligt. Es wurde ferner bekannt, daß zwei Stettiner Firmen ihren Arbeitern, die sich am Streike nicht betheiligt haben, Zuwendungen von 1000 und 500 Mark gemacht haben, wie überhaupt nach Beendigung des Ausstandes sämtliche Schneider, welche ununterbrochen gearbeitet haben, Geldprämien erhalten sollen. — In dieser Woche findet wieder eine Sitzung der vom Handelsministerium einberufenen Enquetekommission statt zur Berathung der in der Konfektionsbranche herrschenden Arbeiterverhältnisse.

— Der Kultusminister hat vor Kurzem, wie wir damals meldeten, über den Bau und die Einrichtung ländlicher Volksschulhäuser neue Bestimmungen getroffen. Jetzt hat Dr. Bosse hierüber eine Denkschrift ausarbeiten lassen, über deren Zweck und Inhalt gemeldet wird: Mit der Denkschrift verfolgt der Minister das Ziel, die Forderungen, die vom gesundheitlichen, schultechnischen und bautechnischen Standpunkt gestellt werden müssen, um den Unterricht in der Volksschule zu einem die geistige und körperliche Entwickelung der Kinder gleich förderlichen zu machen, mit den finanziellen Rücksichten in Einklang zu bringen, die durch die wirthschaftliche Lage der ländlichen Bevölkerung und die Leistungsfähigkeit der Baupflichtigen einerseits, die Beitragslasten des Staates andererseits geboten sind. Die im Text der Abhandlung gegebenen und durch die Entwurfsbeispiele in einem Atlas erläuterten Bestimmungen, die sich namentlich auf die Lage, Bodenbeschaffenheit, die nachbarlichen Verhältnisse des Schulgrundstücks, die Höhe und die Beleuchtung der Schulzimmer, ferner auf die Lage und Abmessung der Thüren, Flure, Gänge und Treppen und schließlich auf die Trennung des Schülerverkehrs vom Lehrerwohnungsverkehr beziehen, müssen in Zukunft bei allen Neubauten, sowohl wenn der Staat Beiträge leistet, als wenn die Entwürfe von der Regierung nur im Aufsichtswege geprüft, von den Gemeinden aber auf eigene Kosten ausgeführt werden, beobachtet werden. Ueber die Größe der Sitzplätze und die Grundfläche der Schulzimmer, sowie über den Umfang der Lehrerwohnungen hat künftig die königliche Regierung in jedem einzelnen Falle nach den örtlichen Verhältnissen zu entscheiden. Bei Umbauten vorhandener Schulhäuser sind die Bestimmungen der Denkschrift soweit zur Anwendung zu bringen, als es im einzelnen Falle nach den gegebenen Verhältnissen möglich und in wirthschaftlicher Beziehung gerechtfertigt erscheint.

— Die „bedingte Begnadigung" hat im Großherzogthum Hessen auch in den Schulen Eingang gefunden. Die Lehrer diktiren „bedingte Arreststrafen", die ins Klassenbuch eingeschrieben werden. Bei tadelloser Führung des Schülers werden nach einer vom Lehrer festgesetzten Zeit die bedingten Strafen erlassen. Diese Einrichtung soll sich als treffliches Erziehungsmittel bewährt haben.

— Nachdem die Grundstücke Paradeplatz 15, Herrn Blischke gehörig, und Paradeplatz 27a, Herrn Malermeister Schössow gehörig, neuerdings durch Kauf in den Besitz der Handlung Gebrüder Solms übergegangen, besitzt dieselbe am Paradeplatz nunmehr fünf Grundstücke. Wie wir hören, beabsichtigt die Handlung, die älteren dieser Gebäude niederzureißen und durch elegante Neubauten zu ersetzen.

* Gestern Abend gegen 8¾ Uhr wurde der Feuerwehr-Krankenwagen nach dem Bräunlichschen Kohlenlagerplatz am Dunzig Nr. 8 gerufen, woselbst die Samariter den 40 Jahre alten Arbeiter Wilhelm Starck mit schrecklichen Brandwunden am ganzen Körper vorfanden. Soweit festgestellt werden konnte, hat S. sich in dem auf dem Hofe befindlichen Komtoir am Ofen schlafen gelegt, während der Aufseher zum Abendbrod gegangen war. Jedenfalls ist nun der Arbeiter im Schlaf von der Ofenbank herunter und gegen den eisernen Ofen gefallen, einige auf dem Platz beschäftigte Leute sahen plötzlich den S. mit brennenden Kleidern aus der Bude hervorstürzen, draußen brach er bewußtlos zusammen. Der Unglückliche, welcher förmlich geröstet war, mußte sofort in das städtische Krankenhaus überführt werden, dort ist er heute früh seinen furchtbaren Verletzungen erlegen.

* An einem der letzten Abende wurde in der Breitenstraße einem jungen Mädchen das Portemonnaie mit 10 Mark Inhalt aus der Tasche gezogen.

* Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,50, Filet 1,80, Vorderfleisch 1,20 Mark, Schweinefleisch: Kotelettes 1,50, Schinken 1,30, Bauch 1,30 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,80, Keule 1,60, Vorderviertel 1,30 Mark; Hammelfleisch: Kotelettes 1,40, Keule 1,30, Vorderfleisch 1,10 Mark; geräucherter Speck 1,60 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10—20 Pf. billiger.

— Ein im Nordwesten des Dorfes Nambin auf Rügen belegener Hügel, der in früherer Zeit mit Holz bewachsen war und im Volksmunde den Namen „Hühnerbusch" führte, hat sich, wie die „Stralſ. Ztg." mittheilt, bei seiner jüngst vorgenommenen Wegräumung als ein vorchristliches Grab ausgewiesen. Der Hügel bestand zum großen Theile aus kopfgroßen Steinen; etwa zwei Fuß unter dem Niveau fand sich ein aus ebensolchen Steinen zusammengesetzter Damm und auf diesem lagen ein Bronzeschwert, Theile eines menschlichen Schädels und angebrannte Holzstücke. Auffallenderweise sind weder Thongefäße gefunden, noch auch Scherben von solchen bemerkt worden. Das Schwert, dem die äußerste Spitze fehlt, in fünf Stücke zerbrochen — alter Bruch, wie die stark oxydirten Bruchflächen erkennen lassen — hat mit Einschluß des Griffes eine Länge von 70 Zentimeter. Die größte Breite der Klinge beträgt 4 Zentimeter. Die flache, oben ausgekehlte, nach beiden Seiten von aufsteigenden Rändern eingefaßte Griffzunge, mit vier Nietlöchern versehen zur Befestigung in einen Griff von Holz oder Knochen, wird mit der Klinge durch ein sich verbreiterndes Uebergangsblatt, ebenfalls mit vier Nietlöchern versehen, auf welches der Holz- oder Knochengriff übergefaßt hat, verbunden. Das Schwert ist in den Besitz des Provinzialmuseums übergegangen.

Bellevue-Theater.

Vielumworben und vielgesucht war „Charley's Tante", als sie noch für 50 Pf. im Bellevue-Theater ihre Aufwartung machte, diese Zeit ist noch in so frischer Erinnerung, daß es kaum verwundern konnte, wenn gestern bei Normalpreisen und aufgehobenen Bons die alte Dame bei ihrem Wiedererscheinen nicht so viel Verehrer um sich sah, obwohl sich Herr Dir. E. Schirmer wieder in dem bauschigen Gewande der lustigen Tante vorstellte. Daß die Wirkung aber noch nicht verloren ist, bewies die heitere Laune des Publikums, welche sich zeitweise in beängstigenden Lachsalven Luft machte und wer Herrn Dir. Schirmer in dieser Partie gesehen, wird dies begreiflich finden. In der Besetzung der übrigen Rollen hatte gleichfalls eine glückliche Hand gewaltet, den verliebten alten Spittigue gab Herr Picha mit köstlichem Humor, Herr Stern traf als „Jack Chesney" den frischen, flotten Ton des übermüthigen Studio, während Herr Herrmann als „Charley" in einer etwas älteren Maske hätte erscheinen sollen, für die Liebesscenen sah derselbe etwas zu „grün" aus. Mit liebenswürdiger Anmuth gab Frl. Wille die „Anny", während die „Kitty", welche früher in Frl. Makay eine so treffliche Vertretung gefunden, jetzt auf Frl. Schippang übergegangen war, welcher es dazu jedoch an Munterkeit fehlte. Frl. Frieda Huse fand sich mit der kleinen Partie der „Ella" recht gut ab und Herr Duckert gab das „Faktotum Brasset" mit drastischer Komik. Herr Werthmann (Colonel Chesney) und Frl. Kühling (Donna Lucia) hatten ihre früheren Partien behalten.

Den Abend eröffnete eine Novität, der einaktige Schwank „Sekt" von A. C. Strahl und G. von Strantz; derselbe fand eine sehr freundliche Aufnahme. Es ist ein harmloser, aber recht gelungener Scherz, welcher im Wesentlichen auf der üblichen Verwechselung beruht. Die Wittwe Amalie Dölle hatte vor ihrer Verheirathung bei einer Partie in der sächsischen Schweiz ihr Bild mit einem ziemlich zweifelhaften Poem, in einer Sektflasche verschlossen, in einer Felsenspalte versenkt. Erst nach 20 Jahren, nachdem Amalie Wittwe und Mutter einer liebenswürdigen Tochter geworden, wird die Flasche von dem lustigen Maler Barkow aufgefunden und zurückgebracht, derselbe hält jedoch die Tochter für die Dichterin der Verse und diese Verwechselung führt zu einigen recht gelungenen lustigen Scenen, die durch die Verlobung von Barkow mit der Tochter ihr Ende finden, während die Mutter die Braut eines älteren Verehrers wird. Der Erfolg des Schwankes hängt von einer flotten Darstellung ab und eine solche war bei der gestrigen Aufführung zu verzeichnen; um dieselbe verdient machten sich Frl. Rheinen und Frl. Makay und die Herren Werthmann und Schöneberger.

R. O. K.

Aus den Provinzen.

† **Anklam,** 10. März. Das Projekt der Kleinbahn Anklam—Lassan beschäftigte gestern wieder einmal die hiesige Stadtverordneten-Versammlung und zwar handelte es sich um die Ueberführung der Bahn über die Peene. Nachdem die Kleinbahngesellschaft die Forderung der Stadt wegen Ueberführung der Bahn über die Peenebrücke als zu kostspielig abgelehnt hat, wurde von der Gesellschaft ein Projekt aufgestellt, welches auf ca. 12 000 Mark veranschlagt und bei welchem die neue Bahnbrücke in nächster Nähe der städtischen Peenebrücke liegen soll. Der Magistrat hat gegen dieses Projekt Protest eingelegt. Eine besondere städtische gemischte Kommission faßte in der Angelegenheit weiter folgenden Beschluß: Die Stadt Anklam ist bereit, der Kleinbahngesellschaft Lassan—Anklam die Peenebrücke zur Ueberführung der Kleinbahn unter folgenden Bedingungen zu überlassen: 1. Die Kleinbahngesellschaft verstärkt die Brücke auf ihre Kosten nach ihren Zeichnungen und Plänen unter Berücksichtigung des oberbehördlichen Gutachtens; 2. sie trägt zu den Kosten der Unterhaltung der Brücke sowie zu dem event. nothwendig werdenden Bau einer Nothbrücke und einer neu zu bauenden Brücke 30 Prozent. Diesem Beschluß trat auch der Magistrat bei, doch empfahl derselbe nicht 30, sondern nur 25 Prozent der Kosten zu verlangen und demgemäß beschlossen auch die Stadtverordneten in ihrer gestrigen Sitzung.

)(**Prenzlau,** 10. März. Vorgestern konnte die hiesige Freimaurerloge „Zur Wahrheit" auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken, bei der festlichen Feier dieses Tages wurde die Stimmung dadurch wesentlich erhöht, daß die Loge von Sr. Majestät dem Kaiser dessen Bild zum Geschenk erhalten hatte; ferner machte ein Bruder der Loge ein Harmonium zum Geschenk.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin,** 11. März. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich heute der 18 Jahre alte Knecht Gustav Ferdinand Weckert aus Klein-Zahnow wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen mit einem 13jährigen Mädchen zu verantworten. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Offentlichkeit geführt und endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu einem Jahre Gefängniß.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

Berlin, 11. März. Von einer außerordentlichen Generalversammlung des Vereins „Freie Volksbühne" ist gestern einstimmig die Auflösung des Vereins beschlossen worden. Der Kassenbestand von 950 Mark soll zu gleichen Theilen der sozialdemokratischen Parteikasse, der Arbeiterbildungsschule und den ausständigen Textilarbeitern in Kottbus überwiesen werden.

Vermischte Nachrichten.

— Ein Brief Fritz Friedmanns aus dem Jahre 1878 kommt der „Pos. Ztg." durch Zufall in die Hand. Es ist daraus zu ersehen, daß der gerühmte Vertheidiger sich Ende der siebziger Jahre neben der Vertheidigung auch noch mit anderen gewinnbringenden Thätigkeiten befaßte und sich diese ebenso anständig oder wenn man will ebenso unverschämt theuer wie seine Vertheidigungsreden bezahlen ließ. Friedmann scheint damals eine Art freie Presse für Referendare und juristische Doktoranden eingerichtet zu haben — gegen ein Honorar von 100 Mark pro Stunde. Der nachstehende Brief ist nach der Titulatur zu schließen an einem gräflichen Rechtsbeflissenen gerichtet und lautet: „Berlin, 25. Juli 1878. Ew. Hochgeboren mache ich mir das Vergnügen, mitzutheilen, daß die beiden letzten bei mir beschäftigt gewesenen Herren, Baron von Saldern und Herr von Zychlinski, beide vorzüglich ihre Examina, ersterer als Referendar, letzterer als Doktor magna cum laude bestanden; ich sehe nunmehr Ew. Hochgeboren Versprechen gemäß deren Ankunft hier am 1. August zum Beginn unserer gemeinsamen Thätigkeit entgegen. Vielbeschäftigt und mit ehrenvollen Anerbietungen in dieser Beziehung bedrängt, muß ich aber Ew. Hochgeboren noch formell die kleine nachfolgende Bedingung vortragen. Da ich prinzipiell von dem Standpunkt vollkommener, gesellschaftlich angenehmer Unabhängigkeit gegenseitig ausgehe, ertheile ich nur Repetitorien auf Monatsfristen gegen ein Honorar von 100 Mark für je eine Stunde, zahlbar pränumerando am 1. und 15. des Monat. Kommt dann für den bei mir arbeitenden Herrn eine Verhinderung, so ist er im eigenen Interesse in der Lage, noch vor Fälligkeit der nächsten Rate anzukündigen, daß er erst wieder auf bestimmte Meldung hin anfangen wolle und jede Berechnung und dergleichen wird ausgeschlossen. Für Stunden, die ich, was sehr selten geschieht, ausfallen lassen muß, gebe ich stets andere extra nach, so daß bei pünktlicher Honorirung von dergleichen zwischen meinem Herrn und mir gar nicht mehr gesprochen wird und alles den Charakter ganz bequemen, gesellschaftlichen Konstudiums trägt. Ich rechne auch diesmal also zunächst mit Bestimmtheit auf Beginn am 1. August d. J., hielt es aber für meine Pflicht, Ew. Hochgeboren erst noch schriftlich davon zu benachrichtigen, damit Irrungen verhütet werden. Sie werden diese Penibilität einem sehr beschäftigten Manne verzeihen, der seine Dienste nicht so vielen widmen könnte, wenn nicht alles exakt eingerichtet wäre. Daß es bei einigermaßen lebhaftem Interesse Ihrerseits mir sicher gelingt, auch Sie ohne Anstrengung noch Ennuyance dem Ziele zuzuführen, glaube ich garantiren zu können. A revoir also zu gemeinsamer Arbeit. Ew. Hochgeboren sehr ergebener Dr. Friedmann, Berlin SW., Neuenburger Straße 15."

Wesselburen, 10. März. Der Altonaer Kriminalpolizei-Inspektor Engel verhaftete heute hier die Tochter der Wittwe Wollstein, die, wie kürzlich gemeldet wurde, im eigenen Hause ermordet aufgefunden wurde. Die Verhaftete, eine 46jährige Wittwe Hölk, die im selben Hause wohnte, ist dringend verdächtig des Mordes an der eigenen Mutter.

München, 10. März. Als Thäter des in der Nacht vom Sonntag an einem Einjährig-Freiwilligen des 1. Train-Bataillons vor dem Löwenbräu-Keller verübten Todtschlages wurde ein achtzehnjähriger Handelsmatrose aus Hamburg ermittelt. Derselbe ist ein geborener Baier. Er hat die That eingestanden und entschuldigt sich mit Rausch und Nothwehr.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. März.

Wetter: Bewölkt. Temperatur + 4 Grad Reaumur. Barometer 766 Millimeter. Wind: Südwest.

Weizen etwas matter, per 1000 Kilogr. loko 146,00—154,00, per April-Mai 154,50 bez., per Mai-Juni 155,50 B. u. G., per Juni-Juli 156,50 B. u. G., per September-Oktober —,—.

Roggen etwas matter, per 1000 Kilogramm loko 120,00—123,00, per April-Mai 121,50 B. u. G., per Mai-Juni 122,50 B. u. G., per Juni-Juli 123,50 G., 124,00 B., per September-Oktober 125,50 B., 125,00 G.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 112,00—117,00.

Spiritus unverändert, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 31,6 bez. Termine ohne Handel.

Nichtamtlich.

Petroleum loko 10,05 verzollt, Kasse 5/12 Prozent.

Landmarkt.

Weizen 152—156. Roggen 122—124. Gerste 110—115. Hafer 118—120. Heu 1,75—2,25. Stroh 22—24. Kartoffeln 24—32.

Berlin, 11. März.

Weizen per Mai 155,50 bis 155,00, per Juli 154,75 per September 155,00.

Roggen per Mai 123,75 bis 123,25, per Juli 124,75, per September 126,25.

Rüböl per Mai 46,20, per Oktober 46,60.

Spiritus loko 70er 32,80, per März 70er 38,30, per Mai 70er 38,60, per September 70er 39,00.

Hafer per Mai 120,50.

Mais per Mai 90,00.

Petroleum per März 20,00, per April 20,00.

London, 11. März. Wetter: Bewölkt.

Berlin, 11. März. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	106,20
do. do. 3½%	105,50
do. do. 3%	99,70
Deutsche Reichsanl. 3%	99,90
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,90
do. do. 3%	95,50
do. Landescred.-B. 3½%	100,90
Centrallandsch.-Pfdbr. 3½%	102,10
do. 3%	95,60
Italienische Rente	81,10
do. 3% Eisenb.-Oblig.	51,20
Ungar. Goldrente	103,60
Rumän. 1881er am. Rente	99,80
Serbische 4% 95er Rente	65,50
Griech. 5% Goldr. v. 1890	—,—
Rum. amort. Rente 4%	87,00
Russ. Boden-Credit 4½%	104,75
do. do. von 1880	102,35
Mexikan. 6% Goldrente	95,00
Oesterr. Banknoten	169,50
Russ. Banknoten Cassa	217,40
do. do. Ultimo	217,25
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	110,50
do. (100) 4%	106,50
do. (100) 4%	102,50
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	101,40
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	103,40
Stett. Vulc.-Act. Litt. B	142 25
Stett. Vulc.-Prioritäten	154,00
Stettiner Straßenbahn	—,—
Petersburg kurz	216,70

London kurz	—,—
London lang	—,—
Amsterdam kurz	—,—
Paris kurz	—,—
Belgien kurz	—,—
Berliner Dampfmühlen	117,90
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	65,40
„Union", Fabrik chem. Produkte	94,75
Barziner Papierfabrik	162,80
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	103,50
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	101,50
Stett. Stadtanleihe 3½%	102,00
Ultimo-Kourse:	
Disconto-Commandit	216,50
Berliner Handels-Gesellsch.	153,75
Oesterr. Credit	237,75
Dynamite Trust	—,—
Bochumer Gußstahlfabrik	159,90
Laurahütte	154,90
Harpener	153,10
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	163,25
Dortm. Union St.-Pr. 6%	41,80
Ostpreuß. Südbahn	95,25
Marienburg-Mlawkabahn	85,40
Mainzerbahn	125,25
Norddeutscher Lloyd	105,50
Lombarden	42,00
Luxemb. Prince-Henribahn	71,90

Tendenz: Abgeschwächt.

Paris, 10. März. (Schlußkourse.) Ruhig

	10.	9.
3% amortisirb. Rente	101,25	101,22½
3% Rente	102,80	102,72½
Italienische 5% Rente	80,40	80,30
4% ungar. Goldrente	103,37½	103,37½
4% Russen de 1889	—,—	103,00
3% Russen de 1891	93,25	93,25
4% unifiz. Egypten	—,—	—,—
4% Spanier äußere Anleihe	63,00	62,12
Convert. Türken	22,50	22,30
Türkische Loose	122,80	123,10
4% privil. Türk.-Obligationen	478,00	479,50
Franzosen	790,00	792,00
Lombarden	—,—	232,50
Banque ottomane	608,00	609,00
„ de Paris	810,00	810,00
Debeers	687,00	705,00
Credit foncier	640,00	640,00
Huanchaca	73,00	75,00
Meridional-Aktien	—,—	590,00
Rio Tinto-Aktien	461,80	465,00
Suezkanal-Aktien	3275,00	3282,00
Credit Lyonnais	785,00	786,00
B. de France	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	407,00	405,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122,50	122,50
Wechsel auf London kurz	25,19½	25,20
Cheque auf London	25,21	25,21½
Wechsel Amsterdam k.	205,50	205,56
„ Wien k.	206,75	206,75
„ Madrid k.	417,00	414,25
„ Italien	9,37	10,25
Robinson-Aktien	248,00	248,00
4% Rumänier	88,00	—,—
5% Rumänier 1893	99,00	99,50
Portugiesen	26,87½	26,87½
Portugiesische Tabaksoblig.	490,00	490,00
4% Russen de 1894	66,60	66,60
Langl. Estat.	147,50	150,00
3½% Russ. Anl.	98,25	98,30
Privatdiskont	1⅝	1⅝

Hamburg, 10. März, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per März 67,25, per Mai 67,00, per September 63,00, per Dezember 59,00. Behauptet.

Hamburg, 10. März, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg, per März 12,12½, per April 12,25, per Mai 12,37½, per Juli 12,55, per Oktober 11,35, per Dezember 11,32½. Ruhig.

Bremen, 10. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Besser. Loko 5,70 B. Russisches Petroleum. Loko 5,40 B.

Wien, 10. März. Getreidemarkt. Weizen per Frühjahr 7,13 G., 7,15 B., per Mai-Juni 7,23 G., 7,24 B., per Herbst 7,34 G., 7,36 B. Roggen per Frühjahr 6,78 G., 6,80 B., per Mai-Juni 6,74 G., 6,76 B., per Herbst 6,33 G., 6,35 B. Mais per Mai-Juni 4,53 G., 4,55 B., per Juli-August 4,68 G., 4,70 B. Hafer per Frühjahr 6,55 G., 6,57 B., per Mai-Juni 6,54 G., 6,56 B.

Amsterdam, 10. März. Java-Kaffee good ordinary 51,50.

Amsterdam, 10. März. Bancazinn 37,00.

Amsterdam, 10. März, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine behauptet, per März 161,00, per Mai 161,00, per November 165,00. Roggen loko —, do. auf Termine behauptet, per März 104,00, per Mai 106,00, per Juli 106,00, per Oktober 107,00. Rüböl loko —,—, per Mai —,—, per Herbst —,—.

Antwerpen, 10. März. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer träge. Gerste ruhig.

Antwerpen, 10. März, Nachm. 2 Uhr — Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 15,25. Ruhig.

Antwerpen, 10. März. Schmalz per März 70,50. Margarine ruhig.

Paris, 10. März, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 31,50 bis 32,00. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per März 32,87, per April 33,12, per Mai-August 33,75, per Oktober-Januar 31,62.

Paris, 10. März, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per März 18,60, per April 18,75, per Mai-Juni 19,15, per Mai-August 19,35. Roggen ruhig, per März 10,15, per Mai-August 11,10. Mehl fest, per März 41,15, per April 41,25, per Mai-Juni 41,65, per Mai-August 41,90.

Rüböl ruhig, per März 54,25, per April 54,50, per Mai-August 53,75, per September-Dezember 54,25. Spiritus ruhig, per März 31,50, per April 31,75, per Mai-August 32,50, per September-Dezember 32,75. — Wetter: Schön.

London, 10. März. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Kälter.

London, 10. März. 96proz. Javazucker 14,25, ruhig. Rüben-Rohzucker loko 12,12, ruhig. Centrifugal-Kuba —,—.

London, 10. März. Chili-Kupfer 44,87, per drei Monat 45,25.

London, 10. März. Kupfer. Chilibars good ordinary brands 45 Lstr. — Sh. — d. Zinn (Straits) 60 Lstr. 15 Sh. — d. Zink 15 Lstr. 2 Sh. 6 d. Blei 11 Lstr. 2 Sh. 6 d. Roheisen. Mixed numbers warrants 47 Sh. 4 d.

Hull, 10. März. Getreidemarkt. Weizen ruhig und unverändert. — Wetter: Milde.

Liverpool, 10. März. Getreidemarkt. Weizen ¼—½ d. niedriger und ruhig. Mehl ruhig, Mais stetig. — Wetter: Schön.

Glasgow, 10. März, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 47 Sh. 4½ d.

Newyork, 10. März, Abends 6 Uhr.

	10.	9.
Baumwolle in Newyork	7,75	7 11/16
do. in Neworleans	—,—	—,—
Petroleum Rohes (in Cases)	—,—	—,—
Standard white in Newyork	—,—	—,—
do. in Philadelphia	—,—	—,—
Pipe line Certificates April	—,—	—,—
Schmalz Western steam	—,—	—,—
do. Rohe und Brothers	—,—	—,—
Zucker Fair refining Moscovados	—,—	—,—
Weizen ruhig, aber stetig.		
Rother Winter- loko	81,50	82,12
per März	73,37	74,00
per April	73,75	74,37
per Mai	71,50	72,12
per Juli	71,12	71,75
Kaffee Rio Nr. 7 loko	—,—	—,—
per April	12,95	12,80
per Juni	12,35	12,25
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,70	2,70
Mais fest, per März	38,00	37,12
per Mai	36,12	36,12
per Juli	37,00	37,00
Kupfer	—,—	—,—
Zinn	—,—	—,—
Getreidefracht nach Liverpool	—,—	—,—

Chicago, 10. März.

	10.	9.
Weizen stetig, per März	63,50	63,87
per Mai	64,87	65,37
Mais stetig, per März	28,62	28,62
Pork per März	9,80	9,67½
Speck short clear	5,20	5,20

Woll-Berichte.

London, 10. März. Wollauktion. Preise fest.

Wasserstand.

* **Stettin,** 11. März. Im Revier 5,52 Meter = 17′ 7″.

Telegraphische Eisberichte.

Memel, 11. März. Seetief eisfrei.

Pillau, 11. März. Eisbrecher versucht Fahrrinne nach Königsberg für Dampfer passirbar zu machen.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 11. März. Die hiesigen Blätter beurtheilen das neue italienische Kabinet sehr sympathisch. Die „N. Fr. Pr." schreibt, man könne, ohne parteilich zu sein, sagen, das neue Ministerium mache einen guten Eindruck und sei aus lauter makellosen Ehrenmännern zusammengesetzt.

Amsterdam, 11. März. Die Insel Marken ist in Folge des Unwetters ganz überschwemmt. Im Innern der Insel ist der Verkehr nur mittelst Kähnen möglich. Das Elend ist unbeschreiblich.

Brüssel, 11. März. In Handels- und Gewerbekreisen herrscht große Erregung gegen den Finanzminister, weil er den bereits von der Abgeordnetenkammer angenommenen Plan, betreffend die Brüsseler Hafenanlage, nicht gutgeheißen und einen neuen vom König befürworteten Plan in Vorschlag gebracht. Diesem Plan zufolge würde der Brüsseler Hafen 4 Kilometer von der Hauptstadt entfernt zur Anlage kommen. Die Brüsseler Stadtverwaltung, welche 14 Millionen zugesagt, wird ihre Unterstützung verweigern.

Brüssel, 11. März. Die „Independance" beglückwünscht König Humbert zur Bildung des Ministeriums Rudini und sagt, die ganze moralische Niederlage Italiens in Afrika falle auf Crispi, den die Nation und der König zu lange geduldet haben. Wenn Italien nicht binnen Kurzem mit Menelik Frieden schließe, so seien weitere Katastrophen zu befürchten, nämlich in Adigrad und in Adiugri, welche beiden Plätze vom Feinde vollständig umzingelt sind.

Paris, 11. März. Die gemäßigte republikanische Presse konstatirt, daß die Radikalen allmälig von den Sozialisten absorbirt werden, oder sich vielmehr absorbiren lassen, da sie darauf verzichtet haben, sich den sozialistischen Kandidaten entgegen zu stellen in solchen Wahlkreisen, welche in der Kammer durch radikale Abgeordnete vertreten waren. Die Regierung befinde sich im sozialistischen Fahrwasser.

Paris, 11. März. Die Republikaner werden im Senat demnächst den Ministerpräsidenten Bourgeois interpelliren bezüglich der feindlichen Kundgebungen, welche die Regierung während der Rundreise Faures geduldet oder selbst ins Werk gesetzt hat.

Rom, 11. März. Wie die Oppositionsblätter melden, hat Rudini die öffentliche Meinung insofern getäuscht, als er den eindringlichen Vorstellungen und den Drohungen des Königs mit der Abdankung nachgegeben und versprochen hat, auf eine Revanche gegen Abessinien nicht zu verzichten. Rudini habe den König verhindert, Italien einen großen Dienst zu erweisen, nämlich das Reich von der Monarchie und der verhängnißvollen Kolonialpolitik zu befreien.

Rom, 11. März. Die Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Afrika lauten sehr trübe. Es zirkulirt das Gerücht von einer neuen schweren Niederlage der Italiener. Die Derwische griffen neuerdings Kassala an, welches sich nicht wird halten können. General Arimondi telegraphirte seinen in Turin lebenden Eltern, daß er verwundet und in Adua gefangen sei.